



HESSISCHER LANDTAG

13. 12. 2011

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag

**der Abg. Merz, Roth, Faeser, Habermann, Gnadt,
Siebel, Dr. Spies (SPD) und Fraktion**

**betreffend Anerkennung im Ausland erworbener
Berufsqualifikationen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, bis zum 1. März 2012 nach § 8 Abs. 2 BQFG die zuständigen Stellen zu bestimmen.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, bis zum 1. März 2012 nach § 8 Abs. 4 BQFG die zuständigen Stellen zu bestimmen und die vorgesehenen Aufgaben durch Rechtsverordnung auf Behörden oder Kammern zu übertragen.
3. Die Landesregierung wird aufgefordert, bis zum 1. März 2012 für die im Zuständigkeitsbereich der Länder liegenden Berufe entsprechende berufsrechtliche Regelungen zu schaffen.

Begründung:

Das Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG) hat Bundestag und Bundesrat passiert, und wird nun zum 1. März 2012 in Kraft treten. Leider löst auch das neue Gesetz einige wichtige Probleme nicht, wie beispielsweise die Frage nach einem Rechtsanspruch auf umfangreiche Beratung und Weiterbildungsmöglichkeiten bei Nichtanerkennung eines Abschlusses. Dennoch sind nun die Länder in der Pflicht, die ihnen durch das Gesetz auferlegten Aufgaben zu erfüllen. Außerdem tragen sie die Verantwortung dafür, dass auch für die in ihrem Zuständigkeitsbereich liegenden Berufe (beispielsweise Lehrer, Ingenieure, Erzieher) entsprechende berufsrechtliche Regelungen geschaffen werden.

Wiesbaden, 13. Dezember 2011

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

**Merz
Roth
Faeser
Habermann
Gnadt
Siebel
Dr. Spies**